

# Nachdenken über Monogamie

Ob Menschen für Zweierbeziehungen geschaffen sind oder eher für Gruppensex wie bei den Schimpansen? Sicher ist: Anthropologie hat viel mit Marxismus gemein. Seite 22

Foto: fotolia/cheekylorn

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TA...



Sonnabend/Sonntag, 25./26. Februar 2017

72. Jahrgang/Nr. 48

Bundesausgabe 2,30 €

www.neues-deutschland.de

## STANDPUNKT Die Schulden

Trump heizt atomares Wettrüsten an – dagegen muss sich Deutschland wehren, meint René Heilig

Präsident Trump will »seine« Atomwaffen noch stärker als sein Vorgänger Obama modernisieren und droht, mit Moskau geschlossene strategische Abrüstungsverträge zu kippen. Dabei ist er zuversichtlich, dass Washingtons Verteidigungshaushalt das hergibt, denn: Die NATO-Partner »schulden uns viel Geld« und werden die USA durch eigene höhere Rüstungsausgaben entlasten.

Bisweilen ist es gut, wenn schlichte Geister Wahrheiten benennen. Ja, die NATO – und damit auch Deutschland – ermöglichen den USA, ein neues Wettrüsten loszutreten. Man kennt das. Ein anderer schlichter Geist namens Ronald Reagan, der früher mal dort wohnte, wo Trump jetzt eingezogen ist, hat die damalige Sowjetunion in den Ruin und die Welt an den Abgrund gerüstet. Und ja, die NATO und Deutschland schulden den USA etwas. Klare Worte nämlich.

Das wichtigste lautet: Nein! Wozu hat das Bündnis sonst eigentlich eine nukleare Planungsgruppe? Will Berlin weiter nur die Anzahl der in der Eifel startbereiten Bundeswehr-Jagdbomber melden, die US-Atomwaffen tragen können? So degradiert man sich zum hirnlosen Werkzeug und nimmt nicht ernst, was Kanzlerin Merkel gerade auf der Münchner Sicherheitskonferenz gesagt hat: »Russland liegt an unserer Außengrenze und ist für uns Nachbar.« Deshalb werde sie »nicht nachlassen, immer wieder dafür zu werben, dass wir mit Russland ein gutes Verhältnis hinbekommen – trotz unterschiedlicher Meinungen in vielen Fragen.« Und trotz Trump, oder?

## UNTEN LINKS

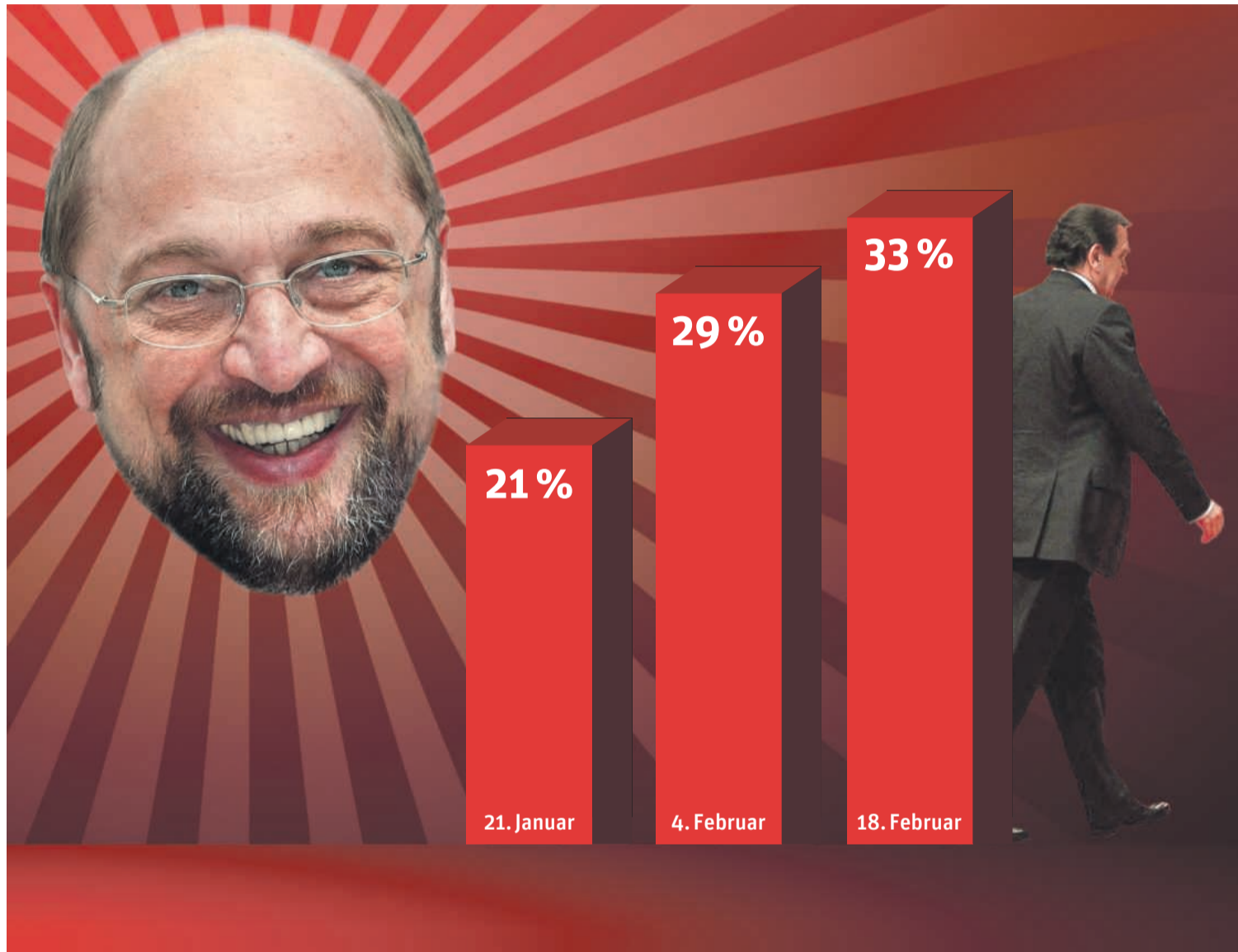
Die Wissenschaftlerin Mithu Sanjal und die Studentin Marie Albrecht haben jüngst in der »taz« einen **Vorschlag** unterbreitet, auf den man dringend gewartet hat: Opfer sexueller Gewalt solle man bitteschön nicht länger als »Opfer« bezeichnen, denn »Opfer« sei kein »wertfreier« Begriff: »Indem wir Menschen als Opfer bezeichnen, stecken wir sie in eine Schublade.« Stattdessen solle man sie lieber »Erlebende« nennen und diese Bezeichnung auch in den Duden aufnehmen. Dann nämlich könne »jede\*r selbst bestimmen, wie er\*sie das Erlebte bewertet«, ob man also die Vergewaltigung, die man »erlebt« hat, eher nicht gut oder duftend fand. Was die beiden Sprachexpertinnen allerdings anscheinend vergessen haben: Auch durch den abwertenden Begriff »Täter« wird dieser in eine Schublade gesteckt. Vielleicht könnte man ihn ja »Miterlebende« nennen. Für während oder nach Vergewaltigungen Gestorbene wäre dann vermutlich der Terminus »Erlebte Habende« der richtige. *tbl*

ISSN 0323-3375



# Schöner durch Entschönerung

Die SPD ist weiter im Umfragehoch – Bürger wollen mehr soziale Gerechtigkeit



Quelle: Emnid; Fotos: imago/Horst Rudel, imago/Sven Simon; Grafik: nd

Berlin. Im »Deutschlandtrend« der ARD liegt die SPD mit 32 Prozent erstmals seit Oktober 2006 knapp vor der Union, in anderen Umfragen sind es sogar 33 Prozent. Das Hoch zeigt sich laut Parteiangaben auch in der Mitgliederzahl: Seit Martin Schulz auf den Schild gehoben wurde, hätten sich allein im Internet 6564 Neumitglieder gemeldet. Die herkömmlichen Eintritte seien noch nicht zu messen. In Nordrhein-Westfalen, wo im Mai gewählt wird, habe man seit Jahresanfang insgesamt 2300 neue Mitglieder gewonnen.

Laut der ARD-Umfrage ist der Grund dafür die Ankündigung, Details der »Agenda 2010«

von Altkanzler Gerhard Schröder zu entschärfen. 65 Prozent halten Schulz' Vorschlag für richtig, dass Arbeitslose länger Arbeitslosengeld I beziehen sollen. 67 Prozent sind gegen befristete Arbeit ohne »sachliche Gründe«.

Der Düsseldorfer SPD-Finanzminister Norbert Walter-Borjans legt nun nach. Dem »Focus« sagte er, Konzerne wie Starbucks, Amazon und Google müssten zur Kasse gebeten werden. Das könne »zehn Milliarden Euro« einbringen, profitieren sollen Haushalte mit Kindern. Nötig seien auch höhere Abgaben auf Kapital, Erbschaften und Vermögen. Linksfraktionschefin Sahra Wagenknecht sagte dem

»Spiegel«, an der LINKEN werde ein Bündnis »nicht scheitern«, wenn die SPD »ernsthaft eine sozialere Politik« verfolgen wolle.

Was derzeit im Strahlen der Genossen untergeht: Auch Spitzenkandidat Peer Steinbrück sorgte 2012 zunächst für Werte über 30 Prozent. Die jetzige Momentaufnahme zeigt: Entschönerung ist ein Gewinnerthema. Doch muss dann mehr kommen als Details und ein neues Gesicht: eine Vision für ein gerechteres Land – und Personal, das diesen Umschwung glaubhaft verkörpert. In angemessener Ernsthaftigkeit haben wir uns in diesem Sinn den Kopf der SPD zerbrochen. *vs* Seiten 2, 3 und 5

# Türken mobilisieren gegen Erdogan

Migranten-Organisation in Deutschland plant Kampagne / Unterschriftenaktion für Meinungsfreiheit

In Deutschland wächst der Widerstand gegen den türkischen Präsidenten Erdogan und seinen Plan, die demokratischen Rechte weiter einzuschränken.

Von Eva Roth

Die türkische Gemeinde in Deutschland stellt sich gegen die Pläne des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan, ein Präsidialsystem einzuführen, das ihm deutlich mehr Macht verleihen würde. Die Dachorganisation türkischer Vereine kündigte am Freitag an, sie wolle in bis zu 400 Veranstaltungen hierzulande für ein Nein bei dem geplanten Referendum werben.

Die Abstimmung über die Einführung eines Präsidialsystems in der Türkei ist am 16. April geplant. In Deutschland leben rund 1,4 Millionen Menschen, die bei dem Referendum wahlberechtigt sind, weil sie über einen türkischen Pass verfügen.

Mit der von Erdogan geplanten Verfassungsreform »entfernt sich die Türkei immer mehr von den demokratischen Grundregeln«, sagte der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde, Gökay Sofuoğlu, der Nachrichtenagentur AFP. »Das führt zu einem Ein-Mann-System«, das eher mit einer Autokratie wie in einigen Staaten des Nahen Ostens vergleichbar wäre als mit einem demokratischen System wie in Europa.

Bereits jetzt würden die Menschenrechte in der Türkei verletzt, kritisierte Sofuoğlu. »Gegner der Regierung werden als Terroristen und Vaterlandsverräter denunziert.« Seit dem gescheiterten Putschversuch im Juli 2016 stellten laut Bundesregierung 136 Türken mit Diplomatenpass hierzulande einen Asylantrag. Darunter seien auch Familienangehörige von Diplomaten.

Auch in Deutschland gebe es eine »anonyme Angstmacherei«, so Sofuoğlu. Vor allem in sozialen

Medien würden Drohungen verbreitet, man solle bei dem Referendum mit Ja stimmen, andernfalls werde man denunziert. Zuvor hatte die Gewerkschaft GEW türkischen Konsulaten vorgeworfen, türkischstämmige Eltern und

»Über 130 Medienhäuser wurden geschlossen, 29 Buchverlage enteignet.«

Petition zur Türkei

Lehrer aufgefordert zu haben, Erdogan-Kritiker zu melden. Die Konsulate wiesen dies zurück.

Auch Journalisten und Schriftsteller mobilisieren gegen die Beschneidung demokratischer Rechte in der Türkei. Am Freitag wurde der Bundesregierung eine Petition mit mehr als 111 000 Unterschriften übergeben. In der Pe-

tion #FreeWordsTurkey fordern der Börsenverein des Deutschen Buchhandels, die Schriftstellervereinigung PEN Deutschland und Reporter ohne Grenzen die Bundesregierung und die EU-Kommission auf, die Meinungsfreiheit in der Türkei kompromisslos einzufordern. Derzeit werde die Meinungsfreiheit »mit Füßen getreten«, heißt es in der Petition. Über 130 Medienhäuser seien bereits geschlossen, darunter 29 Buchverlage, die zudem enteignet worden seien. Unter Publizisten und Verlegern herrschten Angst und Existenznot.

Ob Erdogan in Deutschland für seine Pläne werben wird, blieb am Freitag unklar. Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes sagte, es gebe »keinerlei konkrete Anzeichen dafür«, dass Erdogan in »absehbarer Zeit« nach Deutschland kommen wolle. Sofuoğlu erklärte hingegen, er rechne mit einem Erdogan-Auftritt. *Mit Agenturen* Kommentar Seite 2

Auf Seite 29:  
**Zeit der Monster**  
Rab Atke und Vetoh erzählen Geschichten über Flucht

## Trump: USA müssen im Atomrudel »ganz oben stehen«

Schuldzuweisungen gegen Russland

Berlin. US-Präsident Donald Trump will das Atomwaffenarsenal der USA erweitern. In einem Interview mit der Nachrichtenagentur Reuters betonte er, sein Land müsse immer die führende Atommacht sein. Er bezog diese Aussage auch auf befreundete Nationen. Natürlich, so räumte Trump ein, wäre es »wunderbar« und es »wäre ein Traum, wenn kein Staat Atomwaffen hätte«. Solange dies aber nicht der Fall sei, »werden wir im Rudel ganz oben stehen«.

Trotz seiner Beteuerungen, einen Aufrüstungskurs einschlagen zu wollen, kritisierte der US-Präsident Russland dafür, Marschflugkörper stationiert und damit ein Abrüstungsabkommen von 1987 verletzt zu haben. Dies werde er mit Präsident Wladimir Putin erörtern – sollte er ihn treffen. Neben Russland attackierte Trump vor allem Nordkorea wegen seiner Raketentests. *hei* Seite 4

## Verheerende Attentate in Syrien

Irakische Luftangriffe auf IS

Beirut. Einen Tag nach der Einnahme der nordsyrischen Stadt Al-Bab durch protürkische Rebellen sind bei zwei Selbstmordattentaten 51 Menschen getötet worden, wie die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte am Freitag meldete. Die Rebellen hatten am Donnerstag verkündet, Al-Bab von der Dschihadistenmiliz Islamischer Staat (IS) befreit zu haben. Bei den Genfer Syrien-Verhandlungen gab es am Freitag keine Fortschritte. Ein direkter Kontakt der Vertreter der Kriegsparteien steht weiter aus.

Die irakische Luftwaffe hat Angriffe auf Stellungen des IS im Nachbarland Syrien geflogen. Wie Iraks Ministerpräsident Haider al-Abadi am Freitag mitteilte, wurde das Führungskommando der Luftwaffe angewiesen, IS-Stellungen in Husseibeh und Abu Kamal auf der syrischen Seite der Grenze zu bombardieren. Als Grund für den Einsatz führte Abadi Bombenanschläge in der irakischen Hauptstadt Bagdad an. *AFP/nd*

## Historischer Vierfacherfolg

Bei der WM in Lahti dominieren die deutschen Starter die Kombination

Lahti. Am zweiten Tag der Nordischen Ski-WM in Finnland feierten die deutschen Kombiniierer einen historischen Vierfachtroph. Johannes Rydzek gewann am Freitag den Wettbewerb von der kleinen Schanze vor Olympiasieger Eric Frenzel und Björn Kirchisen. Nach einem Sprung und dem 10-Kilometer-Langlauf lag Weltcup-Spitzenreiter Rydzek 14,9 Sekunden vor Frenzel. Kirchisen kam mit 30 Sekunden Rückstand als Dritter ins Ziel. Fabian Rießle komplettierte mit Rang vier das überragende Ergebnis des Deutschen Skiverbandes. Rang eins bis vier in der Kombination: Ähnliches war zuletzt der norwegischen Mannschaft gelungen, als sie bei der WM 1954 in Falun (Schweden) sogar die ersten fünf Plätze belegte. Der absolute Rekord bleibt indes unerreichbar: 1930 in Oslo stammten die ersten 16 im WM-Klassement aus Norwegen. *nd* Seite 11